





## Wider das Verdrängen und Vergessen,

war das Motto des VVN Gedenkstättenkongresses am 6.-8.11.92 in Braunschweig. Die Teilnehmerzahl übertraf alle Erwartungen. Kernpunkte unseres Verständnisses von Gedenkstättenarbeit sind die Erhaltung aller Gedenkstätten, auch der kleinen vor Ort, ihre Erforschung, sie zu Stätten internationaler Begegnung zu machen, an denen aller Opfer gedacht wird. Keinen Kompromiß kann es geben mit Vorstellungen, Gedenkstätten in Kultstätten der Totalitarismustheorie umzuwandeln. Dies wäre eine zweite Verfolgung der Opfer. Auf solche Versuche, die Geschichte einzuebnen, wies Esther Bejerano in ihrer Eröffnungsrede hin. Gegen den einhelligen Protest der verschiedensten Widerstandsorganisationen, die Zentralräte der Juden, der Sinti und Roma, gegen nationalen wie internationalen Protest scheint die Landesregierung von Brandenburg gewillt, die Nachkriegsinternierungslager mit den Konzentrationslagern gleichzusetzen. Sachsenhausen zeigt, daß es um antikomunistische Mahnmale auf dem Lagergelände geht.

Niedersachsens Europa- und Bundesminister Trittin erinnerte an die mahnenden Worte des Philosophen Santayana: "Wer der Geschichte nicht erinnert, ist verurteilt, sie neu zu durchleben." Aktive Erinnerung vor Ort sei die Aufgabe der Gedenkstätten, vor allem durch die Erinnerung der Opfer selbst. Am beeindruckendsten war die Rede Edgar Bambergers

vom Dokumentations- und Informationszentrum der Sinti und Roma in Heidelberg. Pogrome fangen in den Köpfen an, Verachtung anderer Volksgruppen durch Verachtung ihrer Kultur. Großer Nachholbedarf besteht beim Erinnern an die systematische Endlösung der anderen Gruppe rassistisch Verfolgter, der Sinti und Roma. Angst bei den Überlebenden dieses Holocaust wird durch die Medien geschürt, die Sinti und Roma erneut zu Opfern macht. Kurt Pätzold schätzte, daß die Bedeutung des 9. November 38 (als Übergang zur forcierten Vertreibung aller Juden aus Deutschland) - mit dem schwindenden Bewußtsein für eine Verantwortung in der Zukunftsgestaltung - mehr und mehr durch den 9.11.89 beseitigt gedrängt wird. Wichtig für die Gedenkstättenarbeit sei, mehr vom Leben der Verfolgten und Opfer vor der Verschleppung in KZ zu vermitteln, um ein Gefühl weiterzugeben für das, was durch dieses System zerstört wurde im Menschen. Große Sorge um die Erstärkung Deutschlands sprach aus den Worten Leo van Wessens. Keinesfalls dürfe der Charakter der KZ vermischt werden mit dem von Internierungslagern. Alfred Nobel mahnte vor einer Flucht aus der Verantwortung. In einem beeindruckenden Diavortrag vermittelte er die emotionale Seite der Gedenkstättenarbeit, anhand der Schilderungen eines russischen Kriegsgefangenen in Bergen Belsen.

Raimund

## 9. November 1992

Sie war eindrucksvoll und würdig, die Veranstaltung um 13.00 Uhr am Denkmal für die am 9. und 10. November 1938 in Bremen ermordeten jüdischen Frauen und Männer.

Um 18.00 Uhr fanden in Bremen wie in ganz Deutschland weitere würdige Kundgebungen zum Gedenken an den Holocaust statt. Nur in Rostock (nur?) schlugen 40 Neonazis mit Baseballschlägern auf Frauen und Männer ein, die am Gedenken teilgenommen hatten.

Die Neonazis deokumentierten damit erneut:

Sie achten die Würde der Menschen ebenso wenig wie die Altnazis in der Zeit von 1933 - 45.

Dies ist die Spur der Altnazis: Erst brannte der Reichstag, dann die Bücher, dann die Synagogen und dann brannten die Menschen.

Darum sagten die Väter des GG:

Punkt 1 muß sein und bleiben,

**Die Würde des Menschen ist unantastbar.**

Die Mehrheit der 350.000 Frauen und Männer forderte am 8. Nov. 92 in Berlin:

Artikel 16, das Menschenrecht auf Asyl muß bleiben. Dieser Wille der Mehrheit wurde geschändet.

Wir fragen uns, wer ist daran interessiert, Veranstaltungen zur Verteidigung der Würde des Menschen umzufunktionieren?

Wir fragen uns, wer wollte nicht deutlich werden lassen, daß die Mehrheit sagt, wer an den Grundrechten bastelt, bastelt an der Demokratie. Was soll ein Sonderrecht:

Das Recht auf Asyl für politisch Verfolgte ist nach Artikel 16,2 sowieso garantiert. Und die Flüchtlingskonvention ist internationales Recht.

Es gilt, die Grundrechte des GG zu verteidigen, das ist antifaschistische Aufgabe.

Bremen, den 11.11.1992

VISdP, Willy Hundertmark

## Staatsnotstand,

verkündete Helmut Kohl auf dem CDU-Parteitag, werde eintreten, falls die SPD sich nicht an der Zerstörung des Artikels 16 GG beteiligt. Die Regierung könne die Verfassung auch mit einfacher Mehrheit verändern, dann riskiere er eben den Gang zum Bundesverfassungsgericht. Ist das nur so eine Floskel, der Staatsnotstand? Die Töne wurden nach heftigen Worten aus den Reihen der SPD und FDP verhalten. Unser Grundgesetz kennt den Gesetzgebungsnotstand, falls sich Bundestag und Bundesregierung nicht einig werden. Aber da darf die Verfassung nicht geändert werden. Und die SPD ist noch nicht Regierung, sondern Opposition. Die Notstandsgesetze gelten jedenfalls auch nur, falls die Parlamente nicht rechtzeitig zusammentreten können, weil sie durch äußere Einwirkung daran gehindert werden. Was also bleibt? Ein Putsch (!), etwas anderes kann ein Begriff wie Staatsnotstand nicht bedeuten.

1929 hatte der Übergang zu den Präsidialdiktaturen eingesetzt mit einer Diskussion zwischen Reichswehr und Zentrumsparlament, in Person General Schleicher und Brüning über eine Unterstützung der Reichswehr, "für eine große aufbauende Politik". Ein Jahr später verhandelte Brüning insgeheim mit Hitler über Formen der Opposition als "Voraussetzung für ein späteres Zusammengehen". Ziel dieser Gespräche sollte es sein, Deutschland so zu rüsten, daß es "seinerseits jederzeit (in der Lage war), die Weltbühne zu benutzen, um durch sie einen Druck auf alle übrigen Mächte auszuüben."

Bonn ist nicht Weimar, die Neofaschisten keine Massenpartei, die Wirtschaft bedeutender als 1930. War aber blieb der bayrische Ministerpräsident Streibl so demonstrativ in Berlin fern? Haben Pläne der Verfassungskommission, die Grundrechte zeitgemäß zu frisieren, doch tiefergehende Aussagekraft? Sollten vielleicht die Grundrechte auf Regierungstauglichkeit überprüft werden? Sind die Ereignisse am 8.11. in Berlin so gesehen mehr als ein Zufall? Wer hat dann geworfen, und wer hat es zugelassen? Für mich allerdings macht es wenig Sinn, eine Machtprobe mit einem solchen Staatsapparat herauszufordern, der am 8. November zumindest ansatzweise eine Grenzlinie zum Faschismus ziehen sollte. Ich halte dies für eine Unterschätzung der faschistischen Gefahr und eine Überschätzung des Bewußtseins unserer Bevölkerung.

Raimund







## Der Eklat von Rostock. Auf die Sprache kommt es an

\*Sie sind deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens? Ihre Heimat ist Israel? Ist das richtig so?

Wie beurteilen Sie die täglichen Gewalttaten zwischen Palästinensern und Israelis?

Diese Frage stellte ausgerechnet der Vorsitzende des Innenausschusses der Rostocker Bürgerschaft K.H. Schmidt, CDU.

Die vorweggenommene Qualifizierung. Du bist Jude, damit kein Deutscher, damit billigst Du mindestens die dortigen Auseinandersetzungen.

Das ist genau die Sprache der Rechtsextremisten, der Alt- und Neonazis. Du bist gegen die Brandanschläge auf Heime von Asylanten, also bist Du kein Deutscher. Und Du bist gegen die Niederbrennung der Dokumentenhalle in den KZs, Sachsenhausen, Ravensbrück, dann bist Du Antifaschist, damit kein Deutscher. Und Du bist gegen die Verwüstung der Friedhöfe und für KZ-Häftlinge wie in Überlingen, dann bist Du Antifaschist, damit kein Deutscher.

Oder bist Du gegen die Anschläge auf antifaschistische Gedenkstätten, Denk- und Mahnmale in Ost und West, dann bist Du ein unverbesserlicher Antifaschist und damit kein Deutscher. Die Rechtsextremisten und Faschisten haben schon immer ihre Niederlagen als Siege gefeiert und das deutsche Volk hat die Feiern bezahlt.

## NOTSTANDSRECHT IST UNDEMOKRATISCH

Fortsetzung „Rechtsradikalismus ...“

Inzwischen gibt es auch Landesverbände in Niedersachsen, Sitz in Celle, in Rheinland-Pfalz, Sitz in Mainz.

Die Kampagne der CDU/CSU gegen den Artikel 16 hat einerseits die Neonazis ermuntert, ihren Terror zu verstärken, andererseits sind führende Politiker von SPD und FDP verunsichert.

Die einfachen Frauen und Männer lehnen eine Änderung oder Streichung des Artikels 16 GG ab.

Wer Grundrechte ändert, gegen den ist nach Artikel 20, 4 GG Widerstand zu leisten.

Willy Hundertmark

Die Rechtsextremisten, Faschisten wollten vergessen machen, daß die Antifaschisten zum Wohle des deutschen Volkes gehandelt (Präambel des BEG), sowie die Ehre Deutschlands verteidigt haben. Daran erinnerte unser Bundespräsident Richard v. Weizsäcker am 8. Mai 1985 zum 40. Jahrestag von Faschismus und Krieg wörtlich:

Als Deutsche ehren wir das Andenken der Opfer des deutschen Widerstands, des bürgerlichen, des militärischen und glaubensbegründeten, des Widerstandes in der Arbeiterschaft und bei Gewerkschaften, des Widerstandes der Kommunisten.

Das Wort dieser Frauen und Männer galt bei den Abfassungen der Verfassungen der Länder und des GG noch etwas.

Die freiheitlich demokratischen Grundrechte beinhalten die Erfahrungen von 12 Jahren Asyl, Zuchthaus, KZ und Vernichtung durch Arbeit, Gas und Genickschuß.

Wer die Grundrechte GG antastet, gegen den ist öffentlicher Widerstand notwendig (20,4 GG). Und da sollten die Medien mithelfen, denn auf die Sprache kommt es an.

Willy Hundertmark

## Dies teilten wir der Presse mit

Es hieß am Wochenende 19./20.9.92,

Bonn plane den Einsatz von Spezialeinheiten der Polizei bzw. des Bundesgrenzschutzes, die die Massenabschiebung abwickeln werden.

Das Bundesinnenministerium dementierte.

Ein Sprecher räumte jedoch ein, daß das am 24.9.92 mit Rumänien unterzeichnete Abkommen "eine erleichterte Ausweisung erlaube".

Die Bundes-Arbeitsgemeinschaft Kritischer Polizisten verurteilte die Bonner Pläne und fragte an, für welche Bundesländer die Bildung von Sonder-Einsatzgruppen zutreffen und ob wahr sei, daß eine große Zahl von Polizeibeamtinnen und -beamten freiwillig bereit sei, eine derartige Massenabschiebung zu realisieren.

Am 8. Oktober 1992 meldete der Weser-Kurier, daß Seiters 200 Feldwebel der Bundeswehr für die Anhörung von Asylbewerbern vor allem aus Bulgarien und Rumänien einsetzen will.

Aller Voraussicht nach werden alle Anträge dann schnell entschieden - und dann steht der Entfernung einer ganzen Volksgruppe aus diesem Land nichts mehr im Wege.

Wie zahlreiche prominente Bürger und Bürgerinnen unterstützt die VVN-BdA-Bremen e.V. NACHHALTIG die Forderung nach einem dauerhaften Bleiberecht für Roma.

Angesichts der Massenvernichtungspolitik europäischer Sinti und Roma durch das unselige NS-Regime, wäre dies ein Zeichen für den Beginn einer Wiedergutmachung.

**Die VVN-BdA fordert vom Senat und von der Bürgerschaft der freien und Hansestadt Bremen, daß unser Bundesland Bremen sich jetzt und künftig NICHT an Abschiebungen beteiligt, und diese Haltung im Bundesrat und gegenüber dem Bundesinnenminister offensiv vertritt.**

## Grundrechte des GG

Das Grundgesetz erklärt die Menschenwürde für unantastbar (Artikel 1) und versteht die Bundesrepublik Deutschland als sozialen und demokratischen Rechtsstaat, in dem alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht (Artikel 20 Abs. 1 und 2). Es garantiert das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, auf Leben, körperliche Unversehrtheit und Freiheit der Person (Artikel 2), das Recht der freien Meinungsäußerung, die Freiheit von Kunst und Wissenschaft (Artikel 5), die Versammlungs- und Vereinsfreiheit (Artikel 8 und 9), die Unverletzlichkeit des Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10), der Freizügigkeit (Artikel 11), der freien Wahl von Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte (Artikel 12, die Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13). Der Artikel 3 bestimmt, daß alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind, die Gleichberechtigung von Mann und Frau gewährleistet werden muß und niemand wegen "seiner/seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden" darf. Artikel 4 beinhaltet die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und der Weltanschauung und das Recht, den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern (7).

Artikel 12 ist durch 12 a ergänzt, womit die Wehrpflicht eingeführt und der Artikel 4,3 umgangen wurde.

Die FDGO hatten die Herrschenden nur auf den Lippen, wenn es die anderen zu verteuern galt.

Willy Hundertmark



## Ein Brief aus Jena

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

entschuldigt bitte, daß ich jetzt erst dazu komme zu schreiben.

... Die Randalen in Jena sind kaum noch zu ertragen. Menschen benehmen sich zum Teil wie Bestien, ohne Herz und Verstand, jagen und bekämpfen Menschen, die in großer Not sind, ihnen aber nichts getan haben. Es werden Andersdenkende brutal zusammengeschlagen, Reichskriegsflaggen und Hakenkreuzfahnen in ihren Aufmärschen geschwenkt und niemand tut etwas.

Wir können doch nicht wieder zusehen, wie Menschen vernichtet werden.

Unsere Menschen hier sind so stark frustriert, daß sie sich nicht mehr wehren gegen die Mieterhöhungen, sondern nur schimpfen.

Wir müßten gemeinsam Aktionen starten, aber es ist sehr schwer, mit unseren alten Menschen zu arbeiten.

Unabhängig der "Kristallnacht" haben wir einen Artikel in unsere Ortszeitung aufgegeben, in dem wir mahnen, nicht wieder zuzusehen, bis es zu spät ist. In Jena sind immerhin 58 jüdische Männer und Frauen verschleppt und die Geschäfte zerschlagen und ausgeraubt worden.

Eure Zeitung wird in unseren gemeinsamen Zusammenkünften vorgetragen und dann recht reger diskutiert. Warum bilden sich schon wieder viele linke Organisationen und Parteien? Wir vergeuden wieder unsere Kräfte. Aber Schluß jetzt, liebe Grüße an die Kameradinnen und Kameraden in Bremen von den Jenaern.

Eure Wally

## Irrwege der Deutschen Justiz? oder die Nichtbewältigung der eigenen Vergangenheit!

Die Justizbehörden gehen in ihrer Rechtsprechung sehr eigenartige Wege, je nach Bedarf bedienen sie sich der verschiedenen Rechtsverordnungen und Normen, sei es aus der Weimarer-Zeit oder der NS-Zeit. Dieses mag daran liegen, daß das Bürgerliche Gesetzbuch von der Kaiser-Zeit bis heute durch alle Regierungsformen übernommen wurde und stets neue Ergänzungen und Erweiterungen erfahren hat. Immer hat man den Standpunkt vertreten, die Justizgerechtigkeit stehe über der jeweiligen Regierungsform, sei unabhängig von ihr.

Unter diesem Gesichtspunkt gesehen ist es auch zu verstehen, daß sich die Justizbehörden schwer damit tun, Urteile der NS-Zeit zu revidieren und die Betroffenen zu rehabilitieren. Nur unter dem Druck der Weltmeinung und der Proteste hat man nach 1945 sehr zögernd und lasch mit der Entnazifizierung und Verurteilung begonnen, so daß noch heute über 4.000 Fälle nicht vor Gericht gestellt wurden. Kaum behandelt hat man die Fälle von Betroffenen des Justizskandals wie z.B. rassische, religiöse, körperlich und geistig Behinderte, sowie Wehrdienst, Kriegsdienstverweigerer, Deserteure.

Die meist genannte Begründung bei der Ablehnung war und ist, die Verurteilung und Bestrafung der Betroffenen sei nach damaligen Gesetzen begründet gewesen und somit richtig, weil die Betroffenen sich außerhalb des Rechts begeben hätten.

Wie ist so etwas möglich? Man muß dabei sehen, daß man nur einem Richter einen Prozeß machen wollte, dieser Richter entzog sich diesem Prozeß durch Freitod. Kein weiterer Prozeß, weder gegen Richter noch Staatsanwälte, wird angesetzt. Es wurden nur einige in den Ruhestand versetzt und bekommen noch heute ihr Geld.

Vor diesem Hintergrund kann man verstehen, warum die NS-Verbrecher nicht vor Gericht gestellt werden, warum man sie als für nicht vernehmungs- und haftfähig frei herumlaufen läßt.

Völlig anders verhält sich dagegen unsere Justiz in den neuen Bundesländern, dort müssen fast alle Menschen, besonders wenn sie auch nur kleine Positionen bekleidet haben, über die Gauckbehörde den Nachweis erbringen, nichts mit dem ehemaligen Regime, den Organisationen usw. zu tun gehabt zu haben. Menschen, die nach den Gesetzen der DDR gehandelt haben, werden wie Verbrecher behandelt. Menschen, die nach den Gesetzen der DDR bestraft wurden, sind und werden rehabilitiert und entschädigt.

Die Frage, die man sich stellen muß, ist doch die, ist unsere Justiz wirklich unabhängig oder dient sie der Regierung, genauso wie es auch die Justiz in der NS-Zeit gemacht hat?

Helmut Peters

## Erst heucheln, dann meucheln

Am 8.11. fanden in Berlin offensichtlich 2 Demonstrationen statt, davon eine real auf der Straße und die andere im Fernsehen. Da ich an beiden teilgenommen bzw. sie gesehen habe, kann ich etwas zu dem Versuch sagen, beide zur Deckung zu bringen:

1. Version:

Die Bundesregierung rief zusammen mit der parlamentarischen Opposition zu einer Demonstration "Die Würde des Menschen ist unantastbar" auf. Sie waren sich dabei einig mit 300.000 Menschen. Alle waren "den Tränen nahe" als 300 "Extremisten" mit Eiern warfen und das Bild Deutschlands, das durch brennende AusländerInnenheime beschädigt ist, noch weiter verunstalteten.

2. Version:

Berlins Straßen wimmelten auch von Menschen, die der Meinung waren, daß wer das Recht auf Asyl beschneidet und Menschen in Folterstaaten zurückschickt, seine

Klappe halten soll, wenn es um die Würde des Menschen geht. Nie sah ich so viele selbstgemalte und -gebastelte Plakate und Transparente, die dies unmißverständlich zum Ausdruck brachten. Die Plakate, die im TV zu sehen waren und denen Weizsäcker entgegengah, waren von dieser Art.

Einen umfassenden persönlichen Überblick über die Stimmung vor Ort konnte man sich wegen der Massen nicht machen. Es waren aber auf jeden Fall Zehntausende, die die gnadenlose Heuchelei nicht mitzumachen bereit waren, und die sich für den Artikel 16 in seine jetzigen Gestalt und gegen die Regierungspolitik aussprachen.

Das Vorhaben der Regierung ist gescheitert. Als Ausgleich dafür wird mit geballter Medienmacht die Gelegenheit genutzt, die die Eigelblücke auf Richies sauberer Weste bieten: eine erstaunliche Reetablierung der Totalitarismustheorie. Wie sehr einem dabei der unterscheidene Verstand ab-

handen kommen kann, demonstrierte Konrad Weiß vom Bündnis 90/Grüne. Er sprach von "autonomen Faschisten" und ihren braunen Gesinnungsgenossen" (faz). Das Werlen ist bei ihm anscheinend das Kriterium für Faschismus: Es gibt eierwerfende autonome Faschisten, brandbombenwerfende braune Faschisten und vielleicht auch speer- oder diskuswerfende sportliche Faschisten?

Man kann über Sinn oder Unsinn von fliegendem Gemüse streiten, solange einem der qualitative Unterschied zu Molotowcocktails und Baseballschlägern klar bleibt. Es blieb einem CDU-Mitglied unbefangen, sich für die Würde des Menschen zu erklären und ich bin froh über jeden, der dies ernst meint. Nicht diese wurden beworfen, sondern diejenigen, deren praktizierte Politik es längst ist, den Grundrechtskatalog des Grundgesetzes mit den Füßen zu treten.

Thomas



## Das dünne Eis

Nach 45 Minuten Prozeß gegen 5 Mitglieder der Leitung der DDR konsensierten in- und ausländische Medien, der Prozeß bewege sich auf einer dünnen Eiskecke. Wie wahr! Bricht diese dünne Decke, dann wird sichtbar:

Die DDR ist ebensowenig vom Himmel gefallen wie vor 60 Jahren die braune Nazidiktatur. Die DDR ist ein Produkt der Kräfte, die die Gründung der BRD und damit die Spaltung betrieben haben. Es war doch wohl der Opa von

Helmut Kohl, der im September 1953 verkündete, jetzt sei es Zeit, nicht mehr von der Wiedervereinigung, sondern von der Befreiung des Ostens zu reden und holte den Treuhänder Oberländer in sein Kabinett.

Unser und internationaler Protest zwang Oberländer zurückzutreten. Die Aufarbeitung der Fehler der Blockparteien ist nicht die Angelegenheit von Gerichten, sondern von Historikern guten Willens. Willy Hundertmark



Bundeskongreß der VVN, Oberhausen, 20.-23. März 1971

## Manifest gegen Rassismus und Diskriminierung

Genau in dem Moment, in dem sich Europa auf den Eintritt in die neue Elapsee der politischen Währungsunion vorbereitet, gibt es neue Herausforderungen, wie sie noch vor fünf Jahren kaum vorstellbar gewesen wären. Im Zeitraum von zwei Jahren, von 1989 bis 1991, haben die Öffnung des europäischen Ostens, die Entwicklungsprobleme der Dritten Welt und die teilweise gewaltsamen interethnischen Konflikte auf spektakuläre Weise klargemacht, daß die Idee eines vor den Erschütterungen der Welt geschützten Europas weitgehend illusorisch war.

Im Laufe der vergangenen Monate haben sich der Rassismus und Ausländerhaß verstärkt, vertieft und verallgemeinert. Der politische Einfluß der extremen Rechten wächst, die rassistischen Aggressionen vervielfachen sich, die AsylbewerberInnen werden in Lagern zusammengepfercht oder haben Aufenthaltsverbot, bedeutende politische Persönlichkeiten öffnen den Rechtsradikalismus den politischen Raum und nehmen so das Risiko in Kauf, diese extremen intoleranten Positionen zu legitimieren. Dieser Weg kann nur zu einem Ende führen: den Faschismus.

Die Freizügigkeit ist nicht für alle garantiert: es ist schwieriger, die Grenze zu überschreiten, wenn man eine dunkle Hautfarbe hat. Die Marginalisierung nimmt zu und trifft Millionen

von ImmigrantInnen; Arbeitslosigkeit, unwürdige Wohnbedingungen und unsicherer rechtlicher Status, dies bleiben alles ungeklärte Probleme. Die AsylbewerberInnen werden massenhaft zurückgewiesen: "Europa kann ja nicht das Elend der ganzen Welt aufnehmen", dieser winzige Teil des gesamten Elends der Welt, der in Europa die Mittel sucht, um aus der Misere herauszukommen, wird freundlich - oder auch nicht so freundlich gebeten, zu gehen und anderswo zu sterben.

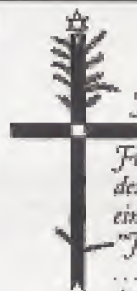
Vordringlich muß die bürgerliche und politische Gleichheit aller EinwohnerInnen Europas, ohne Unterscheidung der nationalen, ethnischen, kulturellen oder rassischen Abstammung gefördert werden. Es muß ab sofort eine Politik der offeneren Aufnahme von AsylbewerberInnen verfolgt werden, unter Berücksichtigung der jüngsten internationalen Entwicklungen. Es muß dringend die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit durch positive Maßnahmen bekämpft werden: denen mehr zu geben, die mehr brauchen. Es muß dringend gegen den Ethnozentrismus, Rassismus und Nationalismus in allen sozialen und kulturellen Sektoren gekämpft werden, insbesondere in dem Bildungssystem und in den Medien.

Emigrantenforum der EG, 10. Dez. 1991

## Rechtsradikalismus - Fremdenhaß - Neofaschismus

J E T Z T, wo schon wieder Häuser brennen und Menschen-Opfer zu beklagen sind - wo diese destruktiven, demokratiefeindlichen Kräfte NICHT MEHR zu ÜBERSEHEN sind - geben sich alle Parteien ansetzt und fordern die Bürger zur Wachsamkeit auf.

Dieselben Parteien haben in allen Jahren zuvor, seit Bestehen der BRD, ausgerechnet die Organisation, die seit 1945 kontinuierlich erinnert, warnt und mahnt - VVN-BdA - als VERFASSUNGSFEINDLICH (ZUMINDEST "FEIND-VERDÄCHTIG") abgestempelt und nach Möglichkeit auch verfolgt. Gemeinsame Anstrengungen, seit 1945, von allen Bürgern UND Politikern, hätte vieles verhindern können, was wir heute gemeinsam beklagen - VVN ausgesetzt, es sind ernstgemeinte Sorgen. DANN HATTEN die Herren kein Interesse. HABEN SIE ES JETZT?



Fröhliche Weihnachten

Frieden auf Erden und  
den Menschen allen  
ein Wohlgefallen  
"Freuet Euch"...

... gestorben wird anderswo - im Heiligen Land. Das sehen wir

nicht. Das hören wir nicht. "Das wissen wir nicht." Gott weiß es! Frieden sei mit Euch Ihr Kinder der Steine

(Umm Gardi)

## Geburtstage im Dezember

Henning Hammen	1. Dez.	68 J.
Emmy Mabey	2. Dez.	81 J.
Anneliese Gumpert	3. Dez.	71 J.
Waltraud Drygalla	3. Dez.	67 J.
Friedrich Meyer	4. Dez.	89 J.
Georg Kusche	6. Dez.	91 J.
Willi Gerns	13. Dez.	63 J.
Alfred Matys	16. Dez.	90 J.
Paul Beermann	22. Dez.	93 J.
Paul-Egon Rodewald	23. Dez.	63 J.
Ernst Niehoff	24. Dez.	84 J.
Lorenz Schreimel	26. Dez.	79 J.
Walter Federmann	26. Dez.	69 J.

Herzlichen Glückwunsch allen KameradInnen und Kameraden

Der Landesvorstand

## Wichtige Mitteilungen:

Unser Büro ist geöffnet:

**Dienstags** von 15.00-18.00 Uhr

**Mittwochs** von 15.00-18.00 Uhr

**Donnerstags** von 15.00-18.00 Uhr

Tag der Bürokasse und

Beitragszahlungen

Beitragsbelege für das Finanzamt

auf Anforderung

**Jeden Montag** von 17.00-18.00 Uhr

tagt der Geschäftsführende Vorstand

**Jeden 4. Montag** von 19.00-22.00 Uhr

der Landesvorstand

Alle Mitglieder können mit

beratender Stimme teilnehmen.

**Bekanntmachung Beratungsdienst**

Jeden Donnerstag in der Zeit von

16.30 - 18.00 Uhr im Büro Bürgermei-

ster-Deichmann-Str. 26, in allen sozialen

Fragen kann beraten werden. Wenn notwendig, wird auch Hilfe bei Behörden-gängen möglich sein.

**Die Anschrift für alle Angelegenheiten:**

Vereinigung der Verfolgten des Nazi-

regimes (VVN)

Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Bürgermeister Deichmann Str. 26

2800 BREMEN 1

Tel.: 0421/38 29 14

Die Sparkasse in Bremen

(BLZ 290 501 01), Kto.-Nr. 103 1913

Alternative Rundgänge-Fahrten, An-

meldung auch unter Tel.: 61 12 62

Redaktions-schluß für den BAF

am 15. eines jeden Monats.

Wichtige Mitteilungen und Artikel

sind nach Absprache möglich.

V.I.S.d.P.: Willy Hundertmark



# DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

9. November 1992  
=====

Sie war eindrucksvoll und würdig, die Veranstaltung um 13 Uhr am Denkmal für die am 9. zum 10. November 1938 in Bremen ermordeten jüdischen Frauen und Männer.

Um 18 Uhr fanden in Bremen wie in ganz Deutschland weitere würdige Kundgebungen zum Gedenken an den Holocaust statt. Nur in Rostock (nur?) schlugen 40 Neonazis mit Baseballschlägern auf Frauen und Männer ein, die am Gedenken teilgenommen hatten.

Die Neonazis dokumentierten damit erneut:

Sie achten die Würde der Menschen ebenso wenig, wie die Altnazis in der Zeit von 1933 - 45.

Dies ist die Spur der Altnazis:

Erst brannte der Reichstag, dann die Bücher, dann die Synagogen und dann brannten die Menschen.

Darum sagten die Väter des GG:

Punkt 1 muß sein und bleiben,

Die Würde des Menschen ist unantastbar  
=====

Die Mehrheit der 350 000 Frauen und Männer forderte am 8. Nov. 92 in Berlin:

Artikel 16 des Menschenrecht auf Asyl muß bleiben. Dieser Wille der Mehrheit wurde geschändet.

Wir fragen uns, wer ist daran interessiert Veranstaltungen zur Verteidigung der Würde des Menschen umzufunktionieren?

Wir fragen uns, wer wollte nicht deutlich werden lassen, daß die Mehrheit sagt, wer an den Grundrechten bastelt, bastelt an der Demokratie. Was soll ein Sonderrecht:

Das Recht auf Asyl für politisch Verfolgte ist nach Artikel 16 2 sowieso garantiert. Und die Flüchtlingskonvention ist internationales Recht,

Es gilt, die Grundrechte des GG zu verteidigen, daß ist antifaschistische Aufgabe.

Bremen den 11.11.1992

ViSdP. Willy Hundertmark